

## Wirtschaft und Politik

### Wirtschaftsförderung durch die Länder und Gemeinden

Das Tiroler Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit ist ohne die tatkräftige Unterstützung der Wirtschaftspolitik nicht vorstellbar. Durch die gezielte, politische Orientierung auf die Außenwirtschaft (v.a. die Tourismusförderung), eine allgemeine Schul- und Bildungsoffensive und massive staatliche Investitionen wurden vielfach erst die nötigen Voraussetzungen für den zwei Jahrzehnte anhaltenden Wirtschaftsboom geschaffen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, besonders der Autobahnbau, und die Bereitstellung von Schul- und Bildungsstätten, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Ver- und Entsorgungsanlagen sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen, musste durch milliardenschwere Investitionen der Länder und der Kommunen finanziert werden. Eine "alpine Zusatzaufgabe" für die Politik in Tirol ist die Absicherung des Siedlungsraumes gegen die im Hochgebirge erhöhten Naturgefahren wie Hochwasser, Muren, Lawinen etc.. Dabei profitiert auch die Wirtschaft, indirekt durch den gewährten Schutz und direkt durch zusätzliche Bauaufträge.

Mit dem Autonomiestatut von 1972 gewann die Südtiroler Landesregierung zunehmenden wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, den sie in vielfältiger Weise zu nutzen wusste. So konnte etwa durch die Produktionszonen von Landesinteresse eine durchaus erfolgreiche Industriepolitik betrieben werden. Beide Tiroler Landesteile konnten durch ihre Wirtschaftspolitik eine bemerkenswert ausgeglichene Raumentwicklung sichern, die die Entsiedlung der Seitentäler bis heute weitgehend verhindert hat.

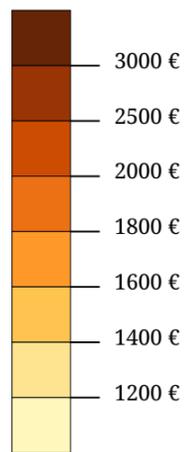
Ab Anfang der 1990er Jahre hat die öffentliche Diskussion über den Themenkomplex der Globalisierung verstärkt eingesetzt. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Macht- und Bedeutungsverlust der Nationalstaaten thematisiert, die den durch Deregulierung und Liberalisierung entfesselten Marktkräften zunehmend hilflos ausgeliefert sind. Die klassischen Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik werden gemäß dieser Argumentation zunehmend wirkungslos.

Für das Land Tirol und Südtirol ist diese Ansicht allerdings stark übertrieben. Allein die Tatsache, dass in beiden Landesteilen gut 20 % aller Arbeitsplätze auf den Öffentlichen Sektor (Verwaltung, Unterrichtswesen und Sozialwesen) entfallen, unterstreicht die Bedeutung, die der Landespolitik nach wie vor zukommt. Zukünftige Infrastruktur-Großprojekte wie z.B. der aktuell heiß diskutierte Brenner-Basistunnel sind nur mit massiver staatlicher Unterstützung realisierbar. Die Anforderungen der Wissensgesellschaft (siehe Karten zur Wissensökonomie) weisen dem Staat durch die Notwendigkeit einer erneuerten Bildungs- und Ausbildungsoffensive auch in Zukunft eine Schlüsselstellung zu.

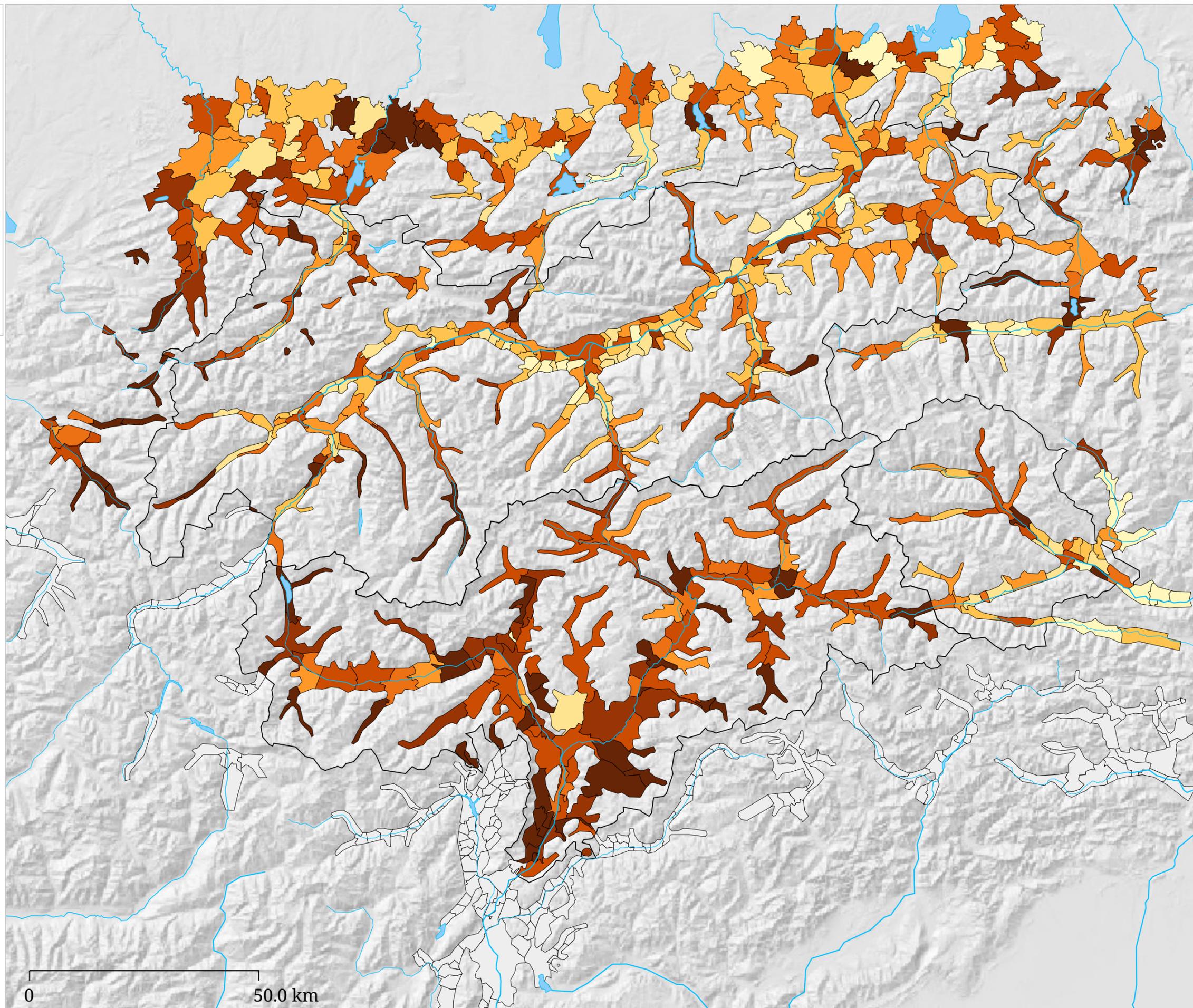
#### Kartentexte

- [Schuldentilgung der Gemeinden im Jahr 2004](#) Wie viele Euro Schuldentilgung leisten die Gemeinden pro Einwohner?
- [Investitionen der Gemeinden im Jahr 2004](#) Kommunen sichern viele lokale Arbeitsplätze

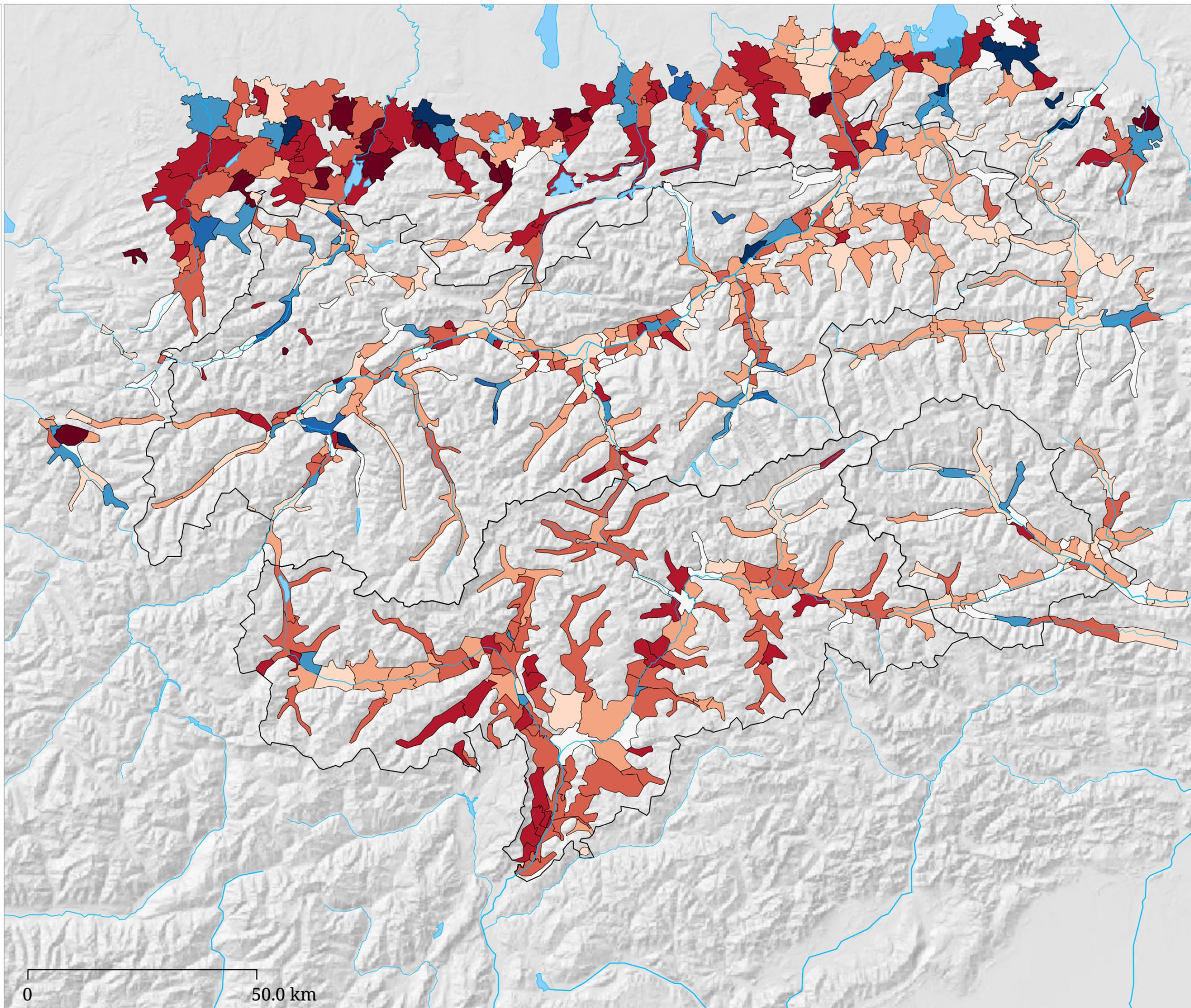
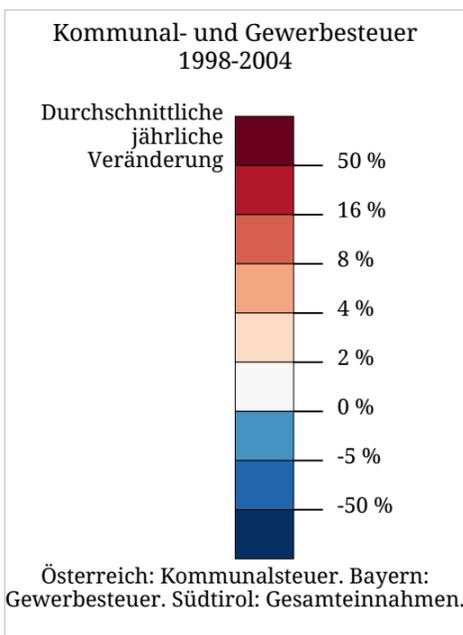
Einnahmen pro Kopf 2004



Stand: Gemeindegebarungsergebnisse 2004

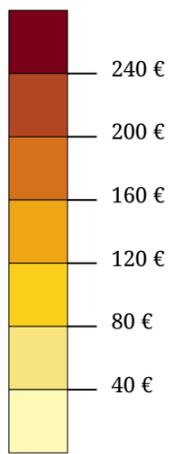


Die Karte zeigt die Gesamteinnahmen der Gemeinden pro Kopf der Wohnbevölkerung (Stand: Melderegister 31.12.2004).

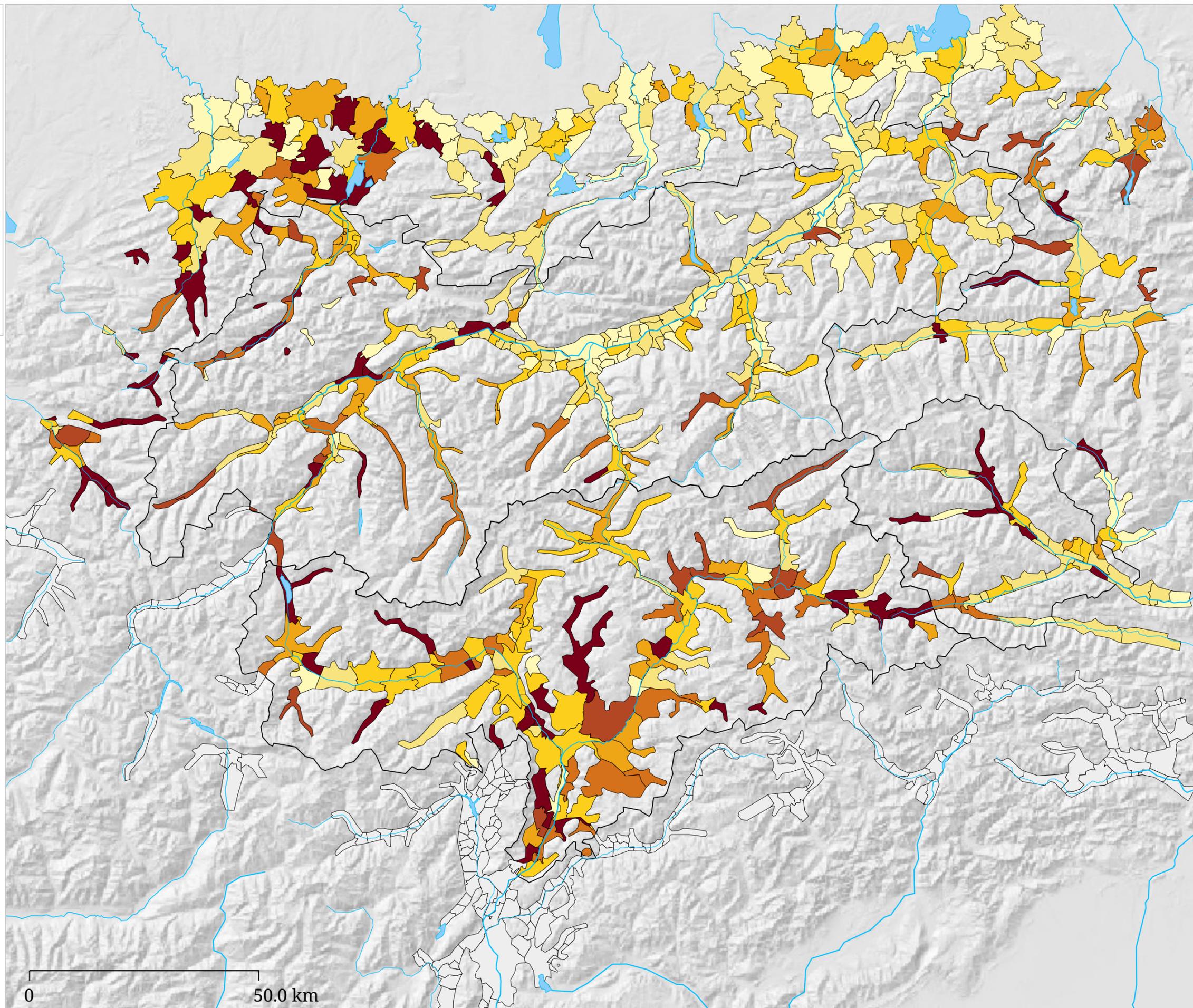


Die Karte zeigt die durchschnittliche jährliche Veränderung der Kommunalsteuer (Österreich), der Gewerbesteuer (Bayern) und der Gesamteinnahmen der Gemeinden (Südtirol) zwischen 1998 und 2004.

Schulden tilgung pro Einwohner



Stand: Gemeindegebarungsergebnisse 2004



Die Karte zeigt die Schulden tilgung der Gemeinden pro Einwohner im Jahr 2004.

## Schuldentilgung der Gemeinden im Jahr 2004

Wie viele Euro Schuldentilgung leisten die Gemeinden pro Einwohner?

Schuldentilgung in Nord- und Südtirol und in den Tirol-Atlas-Bezirken 2004

Land/Bezirk im Tirol Atlas Gebiet	Einwohner nach Melderegister 2004	Schuldentilgung in 1000 Euro 2004	Schuldentilgung pro Einwohner in Euro
<b>Land Tirol</b>	<b>692.281</b>	<b>70.268</b>	<b>102</b>
<b>Südtirol</b>	<b>477.067</b>	<b>67.024</b>	<b>140</b>
Hermagor	38.944	1.041	27
Spittal an der Drau	162.344	6.364	39
Zell am See	169.776	9.389	55
Innsbruck-Stadt	115.825	4.513	39
Imst	54.645	9.724	178
Innsbruck-Land	159.936	14.014	88
Kitzbühel	60.823	5.582	92
Kufstein	97.105	7.068	73
Landeck	44.580	5.403	121
Lienz	50.491	13.043	258
Reutte	31.945	5.311	166
Schwaz	76.931	5.610	73
Bludenz	69.451	14.167	204
Bregenz	129.987	15.300	118
Vinschgau	34.887	5.283	151
Burggrafenamt	91.579	11.582	126
Überetsch-Südtiroler Unterland	66.764	11.122	167
Bozen	97.236	8.991	92
Salten-Schlern	46.088	9.229	200
Eisacktal	46.788	5.474	117
Wipptal	18.271	2.175	119
Pustertal	75.454	13.168	175

Quellen: Österreich: Statistik Austria, Finanzstatistik 2004;

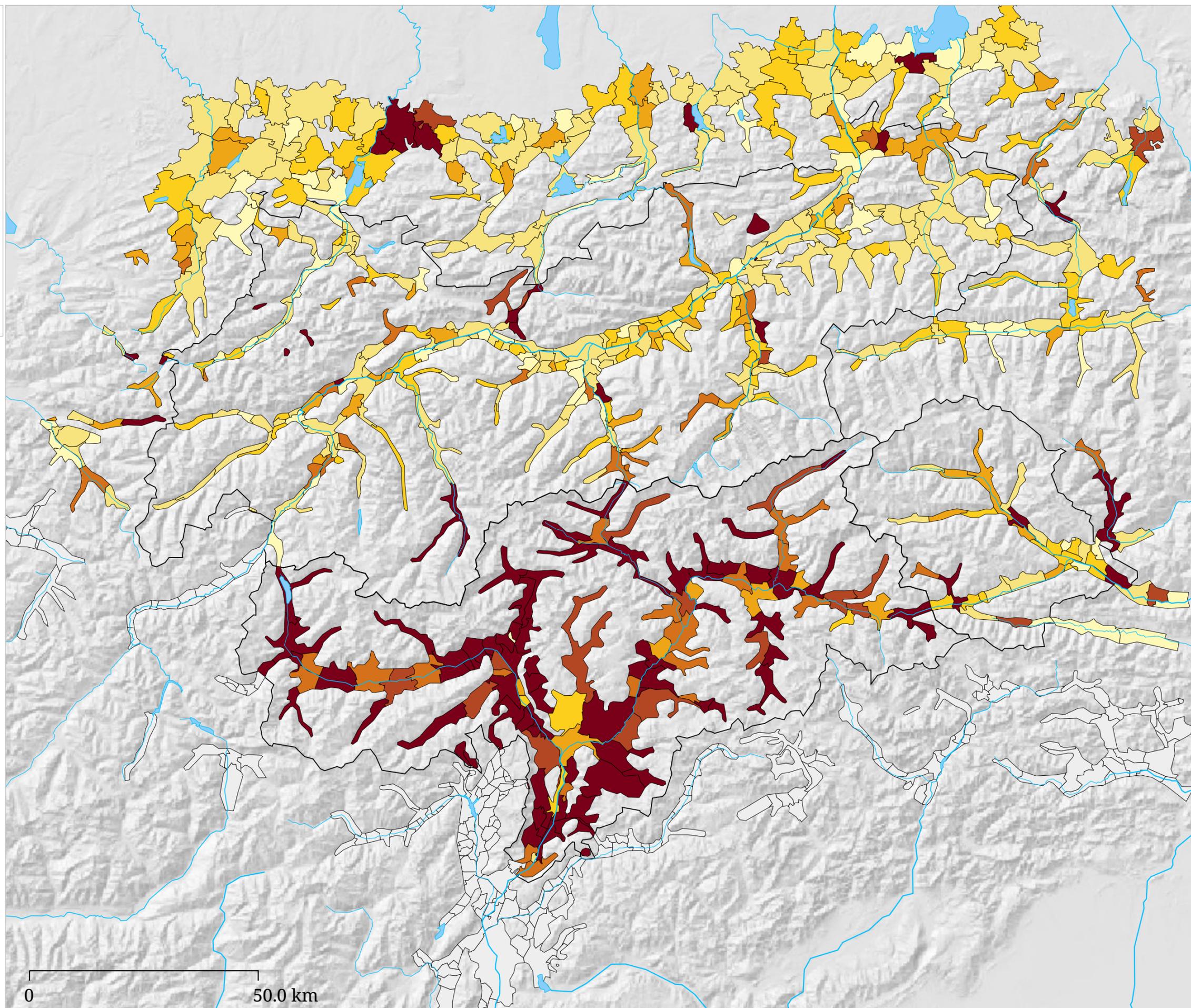
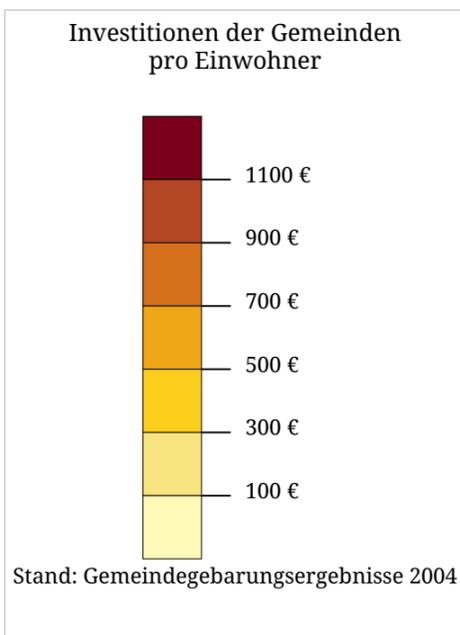
Südtirol: ASTAT, Gemeindedatenblätter unter [http://www.provincia.bz.it/astat/daten\\_online/default.htm](http://www.provincia.bz.it/astat/daten_online/default.htm)

Die Ausgaben für die Schuldentilgung sind ein Indikator für das Ausmaß der Verschuldung der Gemeinden. Vergleiche über die österreichisch-italienische Landesgrenze hinweg sind dabei mit Vorsicht zu betrachten, da die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht vollständig gegeben ist. Trotzdem bleibt die relativ hohe Verschuldung der Südtiroler Gemeinden ein kritischer Punkt. Anlässlich der Vorstellung eines Berichts zur Finanzlage der Südtiroler Gemeinden Ende Januar 2006, gab Landeshauptmann Luis Durnwalder das Ausmaß der Verschuldung im Jahre 2004 mit insgesamt 1 Mrd. Euro an, was dem Volumen eines gesamten Haushaltes aller Gemeinden entspricht. Zudem ist eine wichtige Einnahmequelle der Südtiroler Gemeinden, die regionale Wertschöpfungssteuer (IRAP = imposta regionale sulle attività produttive, Standardsteuersatz 4,25 %, der durch die Gemeinden um 1 % nach oben oder unten modifiziert werden kann), durch ein EU-Verbot bedroht. Für 2006 ist im Rahmen eines Stabilitätspaktes des italienischen Staates eine Nullrunde bei den laufenden Ausgaben der Südtiroler Gemeinden vorgesehen, die auch für die 101 Kleingemeinden unter 5000 Einwohnern gelten soll.

In Nordtirol ergibt sich bei der Schuldentilgung pro Einwohner ein markanter Gegensatz zwischen dem Zentralraum und dem Unterinntal mit niedrigen Werten und den peripheren Bezirken Reutte, Landeck, Imst und mit Einschränkungen auch Kitzbühel. Diese strukturelle

Benachteiligung kann man mit der schlechteren Einnahmesituation besonders im Kommunalsteuerbereich (Arbeitsgeber zahlen 3 % Steuer auf den Bruttolohn ihrer Arbeitnehmer, diese Steuer ersetzte 1994 die Gewerbesteuer) und den höheren Pro-Kopf-Aufwendungen für die Infrastruktur in den einwohnerschwachen, ländlichen Gemeinden erklären.

Eine hohe Belastung für die Rückzahlung von Schulden muss allerdings immer im Zusammenhang mit den gesamten Einnahmen und Ausgaben und dem sich daraus ergebenden Haushaltsdefizit oder dem Haushaltsüberschuss gesehen werden. Dieser Saldo sagt im Zeitvergleich letztendlich mehr darüber aus wie "gesund" die kommunalen Finanzen sind. Nach den vorliegenden Daten lässt sich kein direkter Zusammenhang der Art hohe Schuldentilgung gleich hohes Defizit herstellen. So ist die Finanzlage vieler Südtiroler Gemeinden erheblich besser wie es die Schuldentilgungsbelastung vermuten lässt.



Die Karte zeigt die Investitionen der Gemeinden pro Einwohner im Jahr 2004.

## Investitionen der Gemeinden im Jahr 2004

### Kommunen sichern viele lokale Arbeitsplätze

#### Investitionen der Gemeinden in Tirol

Größenklasse	0-2.500 Einwohner	2.501-5.000 Einwohner	5.001-10.000 Einwohner	10.001-20.000 Einwohner	20.000-50.000 Einwohner	Über 50.000 Einwohner
Anzahl Gemeinden 2001	211	47	14	6	-	1
Anzahl Gemeinden 2004	207	49	16	6	-	1
Investitionen in €/ Einwohner 2001	359	297	306	234	-	176
Investitionen in €/ Einwohner 2004	393	359	220	256	-	129
Veränderung 2001-2004 in %	+ 9,5	+ 20,9	- 28,1	+ 9,4	-	- 26,7

Quelle: Statistik Austria, Finanzstatistik 2001 und 2004

#### Investitionen der Gemeinden in Südtirol

Größenklasse	0-2.500 Einwohner	2.501-5.000 Einwohner	5.001-10.000 Einwohner	10.001-20.000 Einwohner	20.000-50.000 Einwohner	Über 50.000 Einwohner
Anzahl Gemeinden 2001	62	39	9	4	1	1
Anzahl Gemeinden 2004	60	40	9	5	1	1
Investitionen in €/ Einwohner 2001	1232	1156	1027	855	573	708
Investitionen in €/ Einwohner 2004	1313	1282	1187	1153	1151	635
Veränderung 2001-2004 in %	+ 6,6	+ 10,9	+ 15,6	+ 34,9	+ 100,9	- 10,3

Quelle: ASTAT, Gemeindedatenblätter 2006 unter [http://www.provincia.bz.it/astat/daten\\_online/default.htm](http://www.provincia.bz.it/astat/daten_online/default.htm)

**Achtung: Die Werte für Tirol und Südtirol sind nicht direkt vergleichbar.**

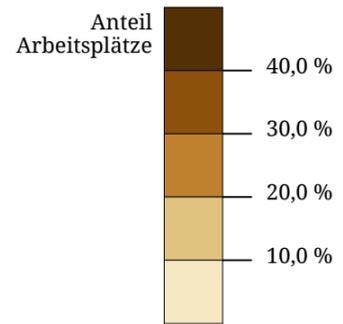
Die Kommunen spielen besonders im ländlichen Raum eine sehr wichtige Rolle als Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Rund 50 % aller öffentlichen Investitionen werden von den kommunalen Gebietskörperschaften getätigt. Im Jahr 2004 investierten die Nordtiroler Gemeinden insgesamt 206,4 Mio. €, die Südtiroler Gemeinden insgesamt 532,2 Mio. €. Geht man davon aus, dass durch 1 Million € an Investitionen rund 20 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden, so wird rasch deutlich, welche große Bedeutung die Gemeinden für die lokale Wertschöpfung und den lokalen Arbeitsmarkt besitzen. Der mit Abstand bedeutendste Posten der kommunalen Investitionen fließt in den Ausbau der Infrastruktur, so dass v.a. die lokale Bauwirtschaft, das Bauneben- und Bauhilfsgewerbe sowie die lokalen Handwerker stark von diesen Aufträgen abhängig sind. Gemeinden können besondere Akzente bei der Stärkung des lokalen Wirtschaftswachstums setzen, weil sie eine hohe Sensibilität für Investitionsanreize und einen optimalen Zugang zu zentralörtlichen Wachstumspools sowie eine große räumliche Nähe und genaue Kenntnis der lokalen Wirtschaftsverhältnisse besitzen.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinden wird entscheidend durch ihren finanziellen Handlungsspielraum bestimmt, der durch die Kennzahl der Freien Finanzspitze beschrieben werden kann. Diese Freie Finanzspitze bezeichnet den Saldo aus laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben abzüglich den Ausgaben für die Schuldentilgung (siehe auch on-click-Diagramme). In den österreichischen Bundesländern ist dieser Handlungsspielraum seit 2001 zunehmend enger geworden, was bedeutet, dass immer mehr Ausgaben fix festgelegt sind (siehe laufende Ausgaben = in Österreich: Ausgaben für Personal). Nur die "kleinen" Gemeinden bis 5000 Einwohner konnten ihre Investitionsquote signifikant steigern. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmend kritischen Situation auf dem Nordtiroler Arbeitsmarkt, wirkt sich der reale Rückgang der kommunalen Investitionen besonders negativ aus. Der österreichische Gemeindefinanzbericht 2005 fordert deshalb eine finanzielle Stärkung der Gemeinden im Rahmen eines wachstumsorientierten Konjunkturprogramms.

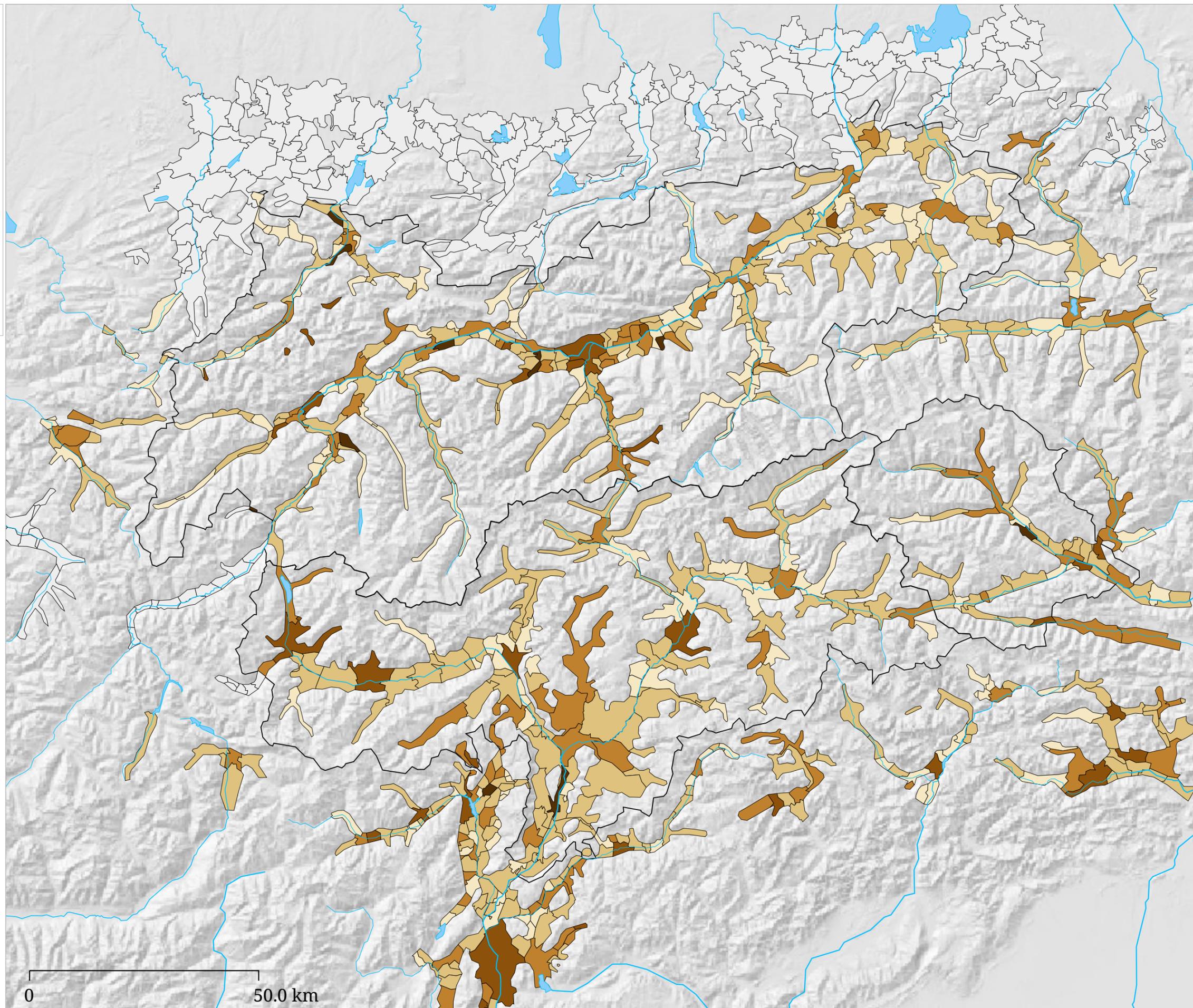
Der räumliche Vergleich über die österreichisch-italienische Staatsgrenze hinweg ist anhand dieser Karte nicht zulässig, da die Investitionen jeweils anders berechnet werden und auch der Staatsaufbau und die Aufgabenverteilung innerhalb der Staaten jeweils eine andere ist. Außerdem sind in den österreichischen Bundesländern außerordentliche Investitionen enthalten, die nicht im Rahmen der ordentlichen Gebahrung verrechnet werden, so dass es teilweise zu großen Sprüngen in der Investitionstätigkeit zwischen 2001 und 2004 kommt. Der Mehrwert der Karte liegt demnach v.a. im innerstaatlichen räumlichen Vergleich der Investitionstätigkeit. Dabei fällt auf, dass die Investitionen

pro Kopf mit zunehmender Einwohnerzahl der Gemeinden sinken.

Öffentlich Beschäftigte



Stand: Arbeitsstättenzählung 2001



0 50.0 km

Die Karte zeigt den Anteil der Arbeitsplätze in den Branchen Öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen und Gesundheits- und Sozialwesen.